

# Das Zustimmungserfordernis zur Abtretung von Geschäftsanteilen in der GmbH

Eine rechtsvergleichende Untersuchung  
zu Vinkulierungsklauseln in der GmbH und in der close  
corporation unter besonderer Berücksichtigung der Frage,  
ob und unter welchen Voraussetzungen dem  
veräußerungswilligen GmbH-Gesellschafter ein Anspruch  
auf Erteilung der Zustimmung zusteht

von

Dr. Jochem Reichert

Worms

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

B 42 199



Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH  
Heidelberg

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	15
Literaturverzeichnis .....	21
Verzeichnis der zum deutschen Recht zitierten Gerichtsentscheidungen .....	35
Verzeichnis der zum amerikanischen Recht zitierten Gerichtsentscheidungen .....	37

## **Einführung**

A. Gegenstand und Ziel der Darstellung .....	43
B. Gang der Darstellung .....	44
C. Beschränkung auf das GmbH-Recht .....	45

## **Teil I**

### **Beschränkungen der Übertragbarkeit von Geschäftsanteilen in der GmbH**

A. Vinkulierungsklauseln in der GmbH .....	48
B. Das Zustimmungserfordernis und seine Ausgestaltungsmöglichkeiten ..	51
I. Wirkungsweise .....	51
II. Form und Rechtsgrundlage .....	52
III. Ausgestaltungsmöglichkeiten und Vertragspraxis .....	52
1. Die zur Entscheidung über Erteilung oder Versagung der Zustimmung Berechtigten .....	53
a) Auslegungsgrundsätze .....	53
b) Entscheidungskompetenz der Gesellschafter .....	55
c) Entscheidungskompetenz der Gesellschaft .....	59
d) Entscheidungskompetenz von Geschäftsorganen .....	60
e) Entscheidungskompetenz gesellschaftsfremder Dritter .....	62
2. Die dem Zustimmungserfordernis unterfallenden Verfügungen ....	62
a) Ausnahmen hinsichtlich bestimmter Personen .....	63
b) Ausnahmen hinsichtlich bestimmter Rechtsgeschäfte .....	64
c) Beschränkung auf bestimmte Geschäftsanteile oder Gesellschafter .....	66
3. Die statutarische Festlegung von Kriterien und Wirksamkeits- voraussetzungen für die Versagung der Zustimmung .....	66
a) Materielle Kriterien .....	66

b) Wirksamkeitsvoraussetzungen zur Sicherung einer anderweitigen Veräußerungsmöglichkeit .....	67
4. Zuständigkeit zur Erklärung der Genehmigung; Folgen einer ohne Vorliegen der statutarischen Erfordernisse erklärten Genehmigung .....	68
a) Zuständigkeit zur Erklärung der Zustimmung .....	69
b) Folgen einer ohne Vorliegen der statutarischen Zustimmungs- erfordernisse erklärten Genehmigung .....	70
C. Formen der Ergänzung oder des Ersatzes von Zustimmungserfordernissen .....	72
I. Vorkaufsrechte und sonstige Vorerwerbsrechte .....	73
1. Funktion .....	73
2. Form und Rechtsgrundlage .....	73
3. Ausgestaltungsmöglichkeiten .....	75
a) Vorkaufsrechte und sonstige Vorerwerbsrechte .....	75
b) Die Berechtigten .....	77
c) Absicherung von Vorkaufs- und sonstigen Vorerwerbsrechten ..	77
II. Erwerbsrechte und statutarisch vorgesehene Einziehungsgründe .....	79
1. Funktion .....	79
2. Form und Rechtsgrundlage .....	80
3. Die Anknüpfungstatbestände .....	81
a) Todesfall .....	81
b) Pfändungs- und Konkursfall .....	85
4. Verdichtung des Erwerbsrechtes zur Erwerbspflicht .....	87
5. Erwerbspreise und Abfindung .....	87
III. Partielle Erwerbsverbote .....	91
1. Funktion .....	91
2. Form und Rechtsgrundlage .....	92
3. Ausgestaltungsmöglichkeiten .....	92
IV. Der Ausschluß der Abtretbarkeit .....	93
1. Die Rechtsprechung zur Zulässigkeit des Ausschlusses der Abtretbarkeit .....	93
2. Das Schrifttum zur Zulässigkeit des Ausschlusses der Abtretbarkeit .....	94
3. Stellungnahme .....	96
a) Rechtfertigung durch § 15 Abs. 5 GmbHG? .....	96
b) Ausschluß wegen § 137 BGB? .....	97
c) § 15 Abs. 1 GmbHG als zwingendes Ausschlußverbot? .....	98
D. Die durch Zustimmungserfordernisse entstehenden Interessen- konflikte und ihre Lösung .....	100

I.	Das Problem der Stimmberechtigung der vom Zustimmungsbeschluß betroffenen Gesellschafter .....	101
II.	Das Austrittsrecht im Falle der Zustimmungsverweigerung und der Unzumutbarkeit eines weiteren Verbleibens in der Gesellschaft ....	105
III.	Die Grenzen der Ausübung des Zustimmungsrechtes .....	108
	1. Der zu lösende Interessenkonflikt .....	108
	2. Die Lösung durch statutarische Regelung .....	109
	3. Verweis auf Lösung im Falle des Fehlens einer statutarischen Regelung .....	110

## **Teil II**

### **Restrictions of transfer in der close corporation**

A.	Einführung .....	112
I.	Vinkulierungsklauseln als Strukturelement der close corporation ....	112
	1. Grundzüge der corporation .....	112
	2. Die Sonderform der close corporation .....	116
	3. Überblick über die mit „transfer restrictions“ verfolgten Zwecke ...	120
II.	Überblick über die Vinkulierungsmöglichkeiten in der close corporation .....	124
	1. Die Klauseltypen .....	126
	2. Die Formen der Vereinbarung .....	126
	3. Die erforderliche Publizität .....	132
B.	Die Entwicklung von der Unzulässigkeit von Vinkulierungsklauseln bis zu ihrer weitgehenden Anerkennung .....	136
I.	Die Anerkennung von Vinkulierungsklauseln in England .....	137
II.	Die anfängliche Verwerfung von Vinkulierungsklauseln in Amerika ...	139
	1. Zustimmungsklauseln .....	140
	a) Die kapitalistische Struktur der corporation .....	140
	b) Die Qualifizierung des Geschäftsanteiles als „personal property“ .....	142
	2. Vorerwerbsrechte .....	144
III.	Die Wende nach Barret v. King .....	145
IV.	Die Anerkennung von Vorerwerbs- und Erwerbsrechten (option provisions) .....	146
	1. Die Anerkennung von Vorerwerbsrechten .....	146
	2. Die Anerkennung von Erwerbsrechten .....	148

3.	Von der Prüfung im Einzelfall bis zum allgemein anerkannten Klauseltyp .....	150
4.	Die Anerkennung unter dem Anteilswert liegender Erwerbspreisvereinbarungen .....	152
5.	Die Anerkennung von option provisions durch die Gesetzgeber ....	154
V.	Die Verstärkung der Erwerbsrechte zu Erwerbspflichten .....	158
1.	Die allgemeine Anerkennung .....	158
2.	Das auf den Todesfall bezogene arrangement .....	159
3.	Das eine Erwerbspflicht der Gesellschaft beinhaltende arrangement .....	161
VI.	Die Anerkennung von Zustimmungsklauseln im Einzelfall .....	163
1.	Abkehr von der strikten Ablehnung von Zustimmungsklauseln ....	163
a)	Erster Ansatz einer zweckbezogenen Auslegung .....	165
b)	Die Fortführung von Barret v. King durch Longyear v. Hardman .....	166
2.	Die Beurteilung von Zustimmungsklauseln im Einzelfall und die bis heute bestehende Rechtsunsicherheit .....	169
3.	Die Anerkennung von Zustimmungserfordernissen durch die Gesetzgeber einiger Bundesstaaten .....	177
VII.	Analyse der Entscheidungen zu Zustimmungsklauseln: Die bei der Einzelfallbetrachtung berücksichtigten Wertungsgesichtspunkte ....	179
1.	Der personalistische Charakter der Gesellschaft .....	181
2.	Der Gesellschaftszweck .....	182
3.	Der Zweck der Zustimmungsverweigerung .....	186
4.	Die Berücksichtigung der Veräußerungsinteressen .....	189
VIII.	Die Anerkennung von partiellen Erwerbsverboten im Einzelfall .....	190
C.	Heutige Vinkulierungsmöglichkeiten und Vinkulierungspraxis .....	191
I.	Die option provisions und ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten .....	192
1.	First option provisions und sonstige option provisions .....	192
2.	Die Berechtigten .....	195
3.	Die Festsetzung des Erwerbspreises .....	197
a)	Notwendigkeit der Preisfestsetzung .....	197
b)	„book value“-Klausel .....	198
c)	Fixpreisklausel .....	199
d)	„market value“-Klausel .....	201
e)	„best offer“-Klausel .....	201
f)	„capitilizing earnings“-Klausel .....	202
g)	Schätzungsvereinbarung .....	203
h)	sonstige Vereinbarungen .....	204
i)	Empfehlungen .....	204
4.	Die Frist zur Ausübung der option .....	205
II.	Buy-out arrangements .....	207
III.	Sonstige Vinkulierungsklauseln .....	209

### Teil III

## Rechtsvergleichung, Fortbildung des geltenden GmbH-Rechtes und rechtspolitische Vorschläge

A.	Zusammenfassende Gegenüberstellung der unterschiedlichen Interessenbewertung und der daraus folgenden Unterschiede der Vinkulierungspraxis in der GmbH einerseits und in der close corporation andererseits . . . . .	213
I.	Die unterschiedlichen Ausgangspunkte . . . . .	213
II.	Die Gemeinsamkeiten . . . . .	216
III.	Erkenntnisse für das deutsche Recht . . . . .	216
B.	Die Kontrolle der Ausübung des Zustimmungserfordernisses nach geltendem GmbH-Recht: Konkretisierung der Treuepflicht der Gesellschafter unter Heranziehung aus der Analyse amerikanischer Judikatur gewonnener Wertungsgesichtspunkte . . . . .	217
I.	Der Meinungsstand . . . . .	218
1.	Die Rechtsprechung . . . . .	218
2.	Die Lehre von der weitgehend unbeschränkten Zulässigkeit der Zustimmungsverweigerung . . . . .	220
3.	Die Mittelmeinungen . . . . .	221
4.	Die Lehre vom Erfordernis des wichtigen Grundes . . . . .	222
II.	Stellungnahme zu Inhalt und Umfang der Beschränkung des Rechts der Zustimmungsverzögerung . . . . .	223
1.	Die gesellschaftlerliche Treuepflicht als Maßstab der Kontrolle . . . . .	224
a)	Begründung der Bindung der Ausübung des Zustimmungserfordernisses an die gesellschaftlerliche Treuepflicht . . . . .	224
b)	Die Ablehnung einer weitergehenden Kontrolle . . . . .	229
2.	Umfang der Einschränkung durch die gesellschaftlerliche Treuepflicht . . . . .	233
	– Konkretisierung durch Fallgruppenbildung –	
a)	Die Verhinderung des Ausscheidens als Grund der Verzögerung der Zustimmung . . . . .	234
b)	Die Verhinderung des Eindringens als Grund der Verzögerung der Zustimmung . . . . .	236
c)	Die Erhaltung oder der Ausbau der Macht als Grund der Verzögerung der Zustimmung . . . . .	239
d)	Verzögerung der Zustimmung ohne Begründung . . . . .	241
3.	Inhalt und Durchsetzung der im Falle einer treuwidrigen Verweigerung der Zustimmung bestehenden Rechte . . . . .	241

C.	Reformüberlegungen .....	244
I.	Zur Frage, ob die im deutschen GmbH-Recht getroffene Entscheidung für eine unbeschränkte Zulassung von Genehmigungsklauseln rechtspolitisch sinnvoll ist .....	244
	1. Die Beschränkung auf Vor- und Ankaufsrechte .....	244
	2. Die Beschränkung auf qualifizierte Zustimmungsvorbehalte .....	250
	a) Aufzählung der Versagungs- und Zustimmungsründe .....	250
	b) Generalklauselartige Beschränkung der Zustimmungs- versagung .....	251
	c) Bindung der Versagungsbefugnis an die Sicherstellung anderweitigen Erwerbs Exkurs: Das französische Lösungsmodell .....	252
	3. Zusammenfassende Wertung .....	258
II.	Vorschlag einer dispositiven Gesetzesvorschrift .....	260
	1. Ausgangslage .....	260
	2. Formulierungsvorschlag .....	260
	3. Begründung des Gesetzesvorschlages .....	261